

Baupolitik im Freiburg der NS-Zeit

Heinrich Schwendemann

Der folgende Text ist zuerst in dem Band »Freiburg im Nationalsozialismus«, herausgegeben von Peter Kalchthaler und Tilmann von Stockhausen erschienen. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Rombach-Verlags, Freiburg und des Autors.

Im Herbst 1933 fand im Colombischlössle auf Initiative von NS-Oberbürgermeister Franz Kerber eine »Freiburger Bauausstellung« statt. Der seit 1925 agierende Chef des Hochbauamtes, Joseph Schlippe, hielt zu diesem Anlass eine programmatische Rede zur »hiesigen Baugesinnung in der gegenwärtigen Hoch-Zeit der geistigen Erneuerung und Wiederbesinnung Deutschlands« und gab über die Weimarer Moderne ein vernichtendes Urteil ab:

Anderwärts hat man sowohl seitens der freien Architekten wie auch seitens der Bauverwaltungen in den verflossenen 14 Jahren nur allzu willig jeder modischen Sensation nachgegeben und den ganzen Hexensabbath mitgemacht, der vom wilden Expressionismus und ›Glasscherbenstil‹ über die Hochhausseuche eines mißverstandenen Amerikanismus zu der öden ›Neusachlichkeit‹ geführt hat.« Nicht aber hier, wo »keiner der Freiburger Architekten etwaige baubolschewistische Sünden schamhaft zu verstecken nötig hatte.

Schlippe war ein ambitionierter Exponent der konservativ-völkischen Heimatschutzbe-

wegung, die sich schon in der Weimarer Ära gegen modernistische Tendenzen im Städtebau und in der Architektur positioniert hatte. Er begrüßte den Regimewechsel geradezu euphorisch, sah er jetzt doch die Chance, seine Vorstellungen ohne jegliche Widerstände durchzusetzen. In Kerber, der gegen die »Mietskasernen des Marxismus« und die Architektur der »Systemzeit mit ihren fremden orientalischen Formen der Verjudung und Vernichtung des deutschen artgebundenen Kunst- und Kulturempfindens« wettete, hatte der konservative Schlippe einen völkischen Gesinnungsgenossen gefunden. Tatsächlich konnte Schlippe mit Unterstützung Kerbers in den 30er-Jahren die Stadtbauplanung Freiburgs wesentlich bestimmen, wobei er zugleich bereitwillig den Forderungen Kerbers nach »Gemeinschaftsbauten«, die »nationalsozialistischen Zwecken des Volkes« dienten, nachkam.

Überhaupt besaßen Städtebau und Architektur für die NS-Machthaber einen besonderen Stellenwert, da Hitler sich schon 1933 in seinen öffentlichen Reden zum Baumeister eines neuen Reiches stilisierte. So wie Hitler in den folgenden Jahren immer ambitioniertere städtebauliche Projekte verkündete, so such-

ten auch die NS-Potentaten vor Ort ihrem »Führer« nachzueifern und in ihrem Machtbereich entsprechende Planungen in die Wege zu leiten. Auch Freiburg sollte von dieser Planungswut erfasst werden.

Im Folgenden sollen die Schwerpunkte der NS-Baupolitik in Freiburg vorgestellt werden, insbesondere Wohnungsbau, öffentliche Bauprojekte einschließlich der »Gemeinschaftsbauten«, ferner Generalbebauungsplan und Altstadtsanierung. Abschließend wird auf die Auswirkungen des Krieges Bezug genommen werden. Gewiss, eine Reihe von Bauvorhaben waren durch Probleme bestimmt, die sich für die kommunale Entwicklung von selbst ergaben, wie etwa Maßnahmen gegen die Wohnungsnot oder das steigende Verkehrsaufkommen, aber diese wurden auch in Freiburg durch die Zielvorgaben der NS-Machthaber geprägt und überformt.

Wohnungsbau ■

Freiburg, eine der beliebtesten Wohnstädte Deutschlands, war im Kaiserreich schnell gewachsen: Hatte die Stadt 1871 noch 25 000 Einwohner, so waren es 1910 bereits 84 000. In den Villenvierteln der Stadtteile Herdern und der Wiehre wohnten gutsituierte bürgerliche Schichten, im Stühlinger und Sedanviertel entstanden Gewerbe- und Wohnviertel für Handwerker, Arbeiter und Angestellte. Darüber hinaus dehnte sich die Stadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch die Eingemeindungen von Dörfern wie Zähringen, Betzenhausen, Haslach, Günterstal und Littenweiler aus. Nach der Zäsur des Ersten Weltkrieges wuchs Freiburg vor allem an der Peripherie in Richtung Westen. Ein Boom im Wohnungsbau setzte ein, gemeinnützige und städtische Baugesellschaften erstellten in Freiburg

Mietwohnungsblocks für minderbemittelte Schichten, um die strukturell bedingte Wohnungsnot aufzufangen. Anfang der 30er-Jahre hatte Freiburg schon die Grenze von 100 000 Einwohnern erreicht.

Mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise 1929/30 kam es allerdings auch in Freiburg zu einem gravierenden Einbruch im Wohnungsbau. Ab 1933/34 besserte sich die Situation: Mit der konjunkturell bedingten Erholung der Wirtschaftslage kam es auch in Freiburg wieder zu einem Aufschwung. Freiburger Wohnungsbaugesellschaften bauten sogenannte »Stockwerkswohnungen«, insbesondere im Areal zwischen Güterbahnhof und Herdern sowie in Richtung Haslach und St. Georgen, das 1938 zwangseingemeindet wurde. Insgesamt wurden zwischen 1933 und 1936 fast 2000 Wohnungen gebaut, wobei der größere Teil auf den gemeinnützigen und städtischen Wohnungsbau zurückging.

Die Mietwohnungsblocks seien »keine licht- und luftlosen Proletarierkasernen« mehr, sondern »gesunde Bauten« – betonte Schlippe zwar –, aber er und Kerber favorisierten den Eigenheimbau als ein Zeichen des Vertrauens zum neuen Staat und des Verständnisses für die neuen Ziele auf dem Gebiet des Wohnens: Verbindung mit eigener Scholle, Heim für Kinder, für gesund und vernünftig angewandte Freizeit im eigenen Gärtchen, keine Luxusdielen, vielmehr wahre Heimat!

Da gerade auch einkommensschwache Schichten in den Genuss des Eigenheims kommen sollten, galt der Siedlungsbau in den ersten Jahren der NS-Herrschaft als »beste Siedlungsform für die werktätige minderbemittelte Bevölkerung«.

Schon während der Weimarer Ära hatten gemeinnützige Initiativen – auch von Seiten der Kirchen – in einer Reihe von Städten Siedlungsprojekte aufgelegt: Kleine einfache Häu-

ser, im Einheitsstil billig gebaut, mit einem Gartengrundstück zur Selbstversorgung, sollten Familien aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu günstigen Wohnraum verschaffen. Die Nationalsozialisten nahmen dies auf: War für sie der Ballungsraum Großstadt mit seinen Wohnkasernen »artfremd« und »ungesund«, so galten den NS-Planern aufgelockerte Siedlungen am Rande der Städte als ideale Symbiose von Stadt- und Landleben. »Gesundes Wohnen« sollte der Stärkung eines rassistisch homogenen Volkskörpers dienen, der deutsche Arbeiter wieder bodenständig werden und »aus seinem Boden eine wichtige Ergänzung seines Einkommens gewinnen«.

Die Nationalsozialisten übernahmen unter anderem auch städteplanerische Vorstellungen der Lebensreformbewegung, etwa des ursprünglich in England entwickelten Gartenstadtkonzeptes, und stellten sie in den Kontext ihrer »Blut- und Bodenideologie«. Im Übrigen wurde in Freiburg-Haslach bereits in den 20er-Jahren nach englischem Vorbild unter Schlippe's Vorgänger Karl Gruber die Gartenstadt errichtet, die als Modell für »gesundes Wohnen« galt. Anfang der 30er-Jahre projektierte das katholische Siedlungswerk zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot an der Elsässerstraße die Siedlung St. Joseph mit ca. 100 Siedlerstellen für Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose. Die 1933 gegründete NS-Siedlungsgesellschaft übernahm noch im gleichen Jahr das kirchliche Projekt und wollte es um weitere 200 Siedlerstellen erweitern.

Gebaut wurden Einzel- und Doppelhäuser mit einfachstem Standard und jeweils 60 qm



Abb. 1: Siedlungshäuser am Mooswald
(Bild aus: Neues Bauen in Baden, Karlsruhe 1936)

Wohnfläche (Abb. 1). Großzügig bemessen waren dagegen die Grundstücke mit etwa 10 ar, um den Familien die Selbstversorgung zu ermöglichen. Vorgesehen war, dass die Siedler, die die Häuser zum Teil in Eigenarbeit gebaut hatten, das Anwesen als Eigentum erwerben konnten. Allerdings fehlte eine Infrastruktur zur Versorgung der Bewohner. 1936 lebten etwa 300 zumeist junge Familien, »minderbemittelt und kinderreich« – gezählt wurden 486 Kinder – in der Siedlung. In der Propaganda wurde die Freiburger Siedlung als Modell für den NS-Siedlungsbau in ganz Baden verkauft, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Auswahl der »Eignung zum Siedler« inzwischen nach Kriterien der »politischen Zuverlässigkeit und Erbgesundheit« vonstatten ging.

Ab 1934 plante die Stadterweiterungsstelle im Hochbauamt weiter westlich im Mooswald ein zweites Siedlungsprojekt auf 64 ha für 540 Siedlerstellen bzw. 3000 Menschen (Abb. 2). Da Kerber »einen ganzen Stadtteil planmäßig und in einer absoluten architektonischen Geschlossenheit in der Gesamtanlage« erstellen lassen wollte, plante Schlippe den Bau von Fachwerkhäusern »nach alemannischer Bau-

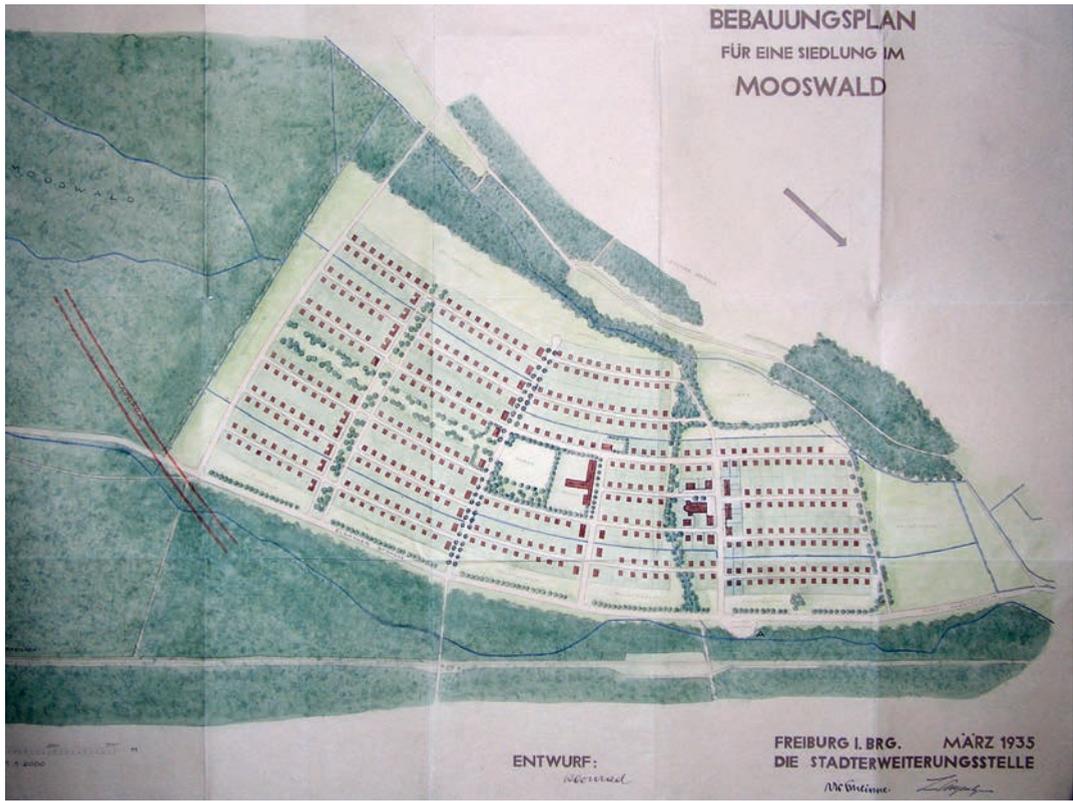


Abb. 2: Bebauungsplan Mooswald (Foto: Stadtarchiv Freiburg C4XX16-5)

art«, um der Siedlung einen dorffartigen Charakter zu geben. Allein fünf Jahre wurden für die Erschließung eingeplant, denn 50 ha Mooswald sollten gerodet und 14 ha der Landwasserwiese entwässert werden.

Gauleiter Robert Wagner, dem das Projekt 1937 vorgestellt wurde, reagierte allerdings ablehnend, da – so Wagner – die Stadt nicht ins »Unermeßliche« wachsen dürfe. Tatsächlich gab es inzwischen in der NS-Stadtplanung einen Trend, von dem flächenverzehrenden Bau von Einzelsiedlungshäusern wegzukommen. Das neue, vor allem von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) vertretene Konzept war der »Volkswohnungsbau«, standardisierte Mietwohnungsblocks, die im Grünen in aufgelockerter Bauweise erstellt werden sollten. Auch

in Freiburg war schon Mitte der 30er-Jahre der Bau von Volkswohnungen, »gesund und frei, billig und doch ausreichend geräumig«, vorgesehen. Nach Wagners Kritik ließ Kerber das Mooswaldprojekt zurückstellen, realisiert wurde es aber in den sechziger Jahren, als dort der Stadtteil Landwasser im mehrgeschossigen Sozialwohnungsbau gebaut wurde.

Schlippes besondere Vorliebe galt allerdings den Häusern und Villen für bürgerliche Schichten. Die historistische und ab 1900 mit Jugendstilelementen durchsetzte Villenbebauung in der Wiehre und in Herdern waren für ihn Verfallerscheinungen einer »liberalisierten fessellosen Zeit, die das bauliche Bild der deutschen Stadt gründlichst verunstaltet hat«. Sein Ideal war das an regionaler Bautradition orientierte



Abb. 3: Landhäuser und Villen in Freiburg (Bild aus: Franz Kerber (Hg.): »Alemannenland«, Stuttgart 1937)

»gediegene, gutbürgerlich kultivierte Landhaus mit schöner Gartengestaltung«. Diese Häuser der von ihm geförderten Freiburger Architekten wie etwa Wolf, Freese, Geiges, Rittershausen oder Meckel finden sich an der Peripherie der Wiehre, in den Vierteln Richtung Littenweiler, den Panoramastraßen am Schloßberg und im sogenannten Musikerviertel in Herdern. Dort wurden auch – wie etwa am Möslepark – Siedlungshäuser mit gehobenem Standard für Angestellte und Beamte gebaut (Abb. 3).

Öffentliche Bauprojekte

Wie andernorts auch, waren öffentliche Bauprojekte für die lokalen NS-Machthaber für die propagandistische Selbstinszenierung

von besonderer Bedeutung, sowohl als Bauten für die »Volksgemeinschaft« als auch als »Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen«. Den Auftakt in Freiburg stellte die Fertigstellung des Strandbades durch den Arbeitsdienst 1933/34 dar. Die Propaganda feierte Kerber als Initiator, wobei in den Hintergrund trat, dass die Planungen für ein Familienbad bereits 1929 angelaufen waren, und der Architekt Hermann Leis im Herbst 1932 die abschließende Planungsvariante vorgelegt hat. Dabei handelte es sich – wie Peter Kalchthaler zu Recht betont hat –, um »eines der wenigen Beispiele der zeitgenössischen Moderne in Freiburg« in jenen Jahren (Abb. 4). Gebaut wurde in genau dem modernistischen Stil, der von den Heimatschutzarchitekten eigentlich als »orientalische Architektur« verunglimpft wurde, mit



Abb. 4: Das Strandbad kurz nach seiner Fertigstellung (Foto: Stadtarchiv Freiburg M 7043)

Flachdach, geschwungenen ovalen Formen und Glasfassaden.

Das Gebäude, das in der Propaganda als Beispiel für »Neue Baukunst in Freiburg« eine besondere Rolle spielte, war der von Schlippe konzipierte und 1936 eingeweihte Neubau des Fremdverkehrsamtes (Abb. 5 links). Es handelt sich um ein für die NS-Zeit typisches öffentliches Gebäude mit lang gezogenen, natursteinumrahmten Fenstern nebst einem Walmdach im regionalistischen Stil. Noch heute fällt eine funktionslose Arkade im ehemaligen Rotteckschen Haus auf, die damals allerdings als Anfangspunkt einer Arkadenflucht entlang der Rathausgasse gedacht

war, um die Stadt für den Verkehr zu öffnen. Beim Neubau des Forstamtes in der Günterstalstraße (Abb. 5 rechts) spielten regionalistisch-völkische Bezüge eine wichtige Rolle: ein Fachwerkbau, der im Innern mit wuchtigen Balken und Schnitzereien im »alemannischen« Stil ausgestattet wurde.

Geplant war auch ein Schulneubau in der Wiehre für die Höhere Handelsschule, die sich seit 1921 in der früheren Karlskaserne befand. Der Stadtrat genehmigte 1937 einen Entwurf des Architekten und NS-Ratsherrn August Senck für ein Schulgebäude, das für 1500 Schüler mit 36 Klassenzimmern angelegt war. Allerdings gab es Verzögerungen, da we-



Abb. 5: Verkehrsamt (Bild aus: Schlippe: Neues Bauen in Freiburg, Freiburg o. J. (1937))

gen der Kontingentierungen des Vierjahresplans das erforderliche Baumaterial zunächst nicht zu bekommen war. Als im Sommer 1939 die Bauarbeiten endlich begannen, mussten sie nach der Errichtung der Grundmauern kriegsbedingt bald wieder eingestellt werden. Fertiggestellt wurde die Schule, das heutige Walter Eucken-Gymnasium, mit ihrer für NS-Bauten typischen Fassade und dem monumentalen Eingangsportal aus Naturstein nach den Senck-Plänen zu Beginn der fünfziger Jahre. Zu erwähnen wären in diesem Zusammenhang noch universitäre Bauprojekte wie die Aufstockung des KG I nach dem Brand 1934 und der Neubau der Frauenklinik ab 1937. Darüber hinaus wurde Freiburg nach dem Einmarsch der Reichswehr in die entmilitarisierte Zone 1936 wieder Garnisonsstadt. In St. Georgen wurde deshalb ab 1937 die Schlageter-Kaserne für das 75. Infanterieregiment gebaut (Abb. 6).



Abb. 6: Mannschaftsgebäude der Albert-Leo-Schlageter-Kaserne, Postkarte von 1938/40 (Foto: Städtische Museen Freiburg Augustinermuseum, Graphische Sammlung, 2016/082)

Bauten für die »Volksgemeinschaft«

Neben »klassischen« kommunalen Bauprojekten, die der Verbesserung der städtischen Infrastruktur dienten, in der Propaganda aber – so etwa im Falle des 1934/35 neu gebauten Gaswerks – zu »einem imponierenden Zeugnis nationalsozialistischen Gemeinschaftsgeistes und neu erstarkten Lebenswillens« stilisiert wurden, gab es auch Planungen spezifischer Bauprojekte für die Anforderungen der NSDAP. Die ersten Freiburger Planungen galten einer sogenannten Thingstätte. Goebbels

hatte 1933 die sogenannte Thingbewegung ins Leben gerufen: Das Thing, Bezeichnung für altnordische Versammlungsplätze, sollte als Vorbild für künftige Spielstätten nationalsozialistischer Theaterstücke zur ideologischen Indoktrinierung der Volksmassen dienen. Architektonisch orientierte man sich an den Amphitheatern der griechischen Antike.

Reichsweit setzte ein Planungsboom ein, wobei in Heidelberg 1935 eine der ersten Thingstätten überhaupt eingeweiht wurde. Deren Architekt, Hermann Alker, sollte nun auch in Freiburg eine entsprechende Anlage errichten. Man verfiel darauf, die Thingstätte am Schönberg zu bauen.

Von dort bietet sich ein außerordentlich schöner und weiter Blick auf die ganze Schwarzwaldkette, vor allem auf den gegenüber liegenden Schauinsland, aber auch auf die flankierenden Berge nämlich rechts des Belchen und links dem Kandel.

Als Goebbels dann aber die Thingbewegung, die sich wegen fehlender Theaterstücke und Publikumsresonanz als Desaster erwies, auflösen ließ, schien man in Freiburg erleichtert gewesen zu sein. Hatte Heidelberg



Abb. 7: Gemeinschaftshaus der Siedlung an der Elsässer Straße
(Bild aus: Alemannenland 1937)

500 000 RM für ein erfolgloses NS-Prestige-
projekt ausgegeben, so hatte die Stadt Frei-
burg gerade einmal Planungskosten in Höhe
von 1000 RM zu verzeichnen.

Realisiert wurde dagegen ein wesentlich
kostengünstigeres NS-Vorhaben, das Ge-
meinschaftshaus der Siedlung an der Elsässer-
straße. Der Leiter des Freiburger NS-Siedler-
bundes, Rudel, hatte 1936 den Bau eines Ge-
meinschaftshauses für diese »Mustersiedlung
im Gau Baden« gefordert, da diese »ein Boll-
werk des Nationalsozialismus werden« müsse.
An jenem Ort würden künftig »der Siedler
und seine Familie wirtschaftlich belehrt, po-
litisch geschult und kulturell gebildet und er-
zogen«. Gemeinschaftshäuser sollten die Kir-
chen ersetzen, die Indoktrination der »Volks-
genossen« sowie die Sozialisation der Kinder
und Jugendlichen im Sinne der NS-Ideologie
gewährleisten. Dementsprechend wurde das
Gebäude mit einem Versammlungsaal für
400 Siedler, Sitzungsräumen, einem Kinder-
garten sowie Räumen für HJ und BdM konzi-
piert. Fertiggestellt wurde das Haus in relativ
kurzer Zeit, nicht zuletzt deshalb, weil viele
Siedler mehr oder weniger freiwillig am Bau
mitarbeiteten. Am 22. August 1937 wurde das
»erste Gemeinschaftshaus Badens« mit einer

pompösen Feier in »Treue zu
Führer und Volk« eingeweiht
(Abb. 7).

Andere Projekte kamen
kaum über das Planungssta-
dium hinaus, weil der Stadt
das Geld fehlte bzw. der Krieg
die Umsetzung verhinderte.
So hatten seit der Machtüber-
nahme immer wieder Partei-
organisationen von der Stadt-
verwaltung Häuser für ihre
Zwecke eingefordert. Da dies
aus Geldmangel nicht um-

zusetzen war, wurden provisorische Unter-
künfte zur Verfügung gestellt, oft auch Bara-
cken wie etwa für die HJ. Bei der Forderung
nach HJ-Häusern konnte sich die örtliche
HJ-Führung auf Hitler berufen, der dies öf-
fentlich immer wieder versprach. Schließlich
entschied Kerber, dass in allen Stadtteilen HJ-
Heime – insgesamt sieben – zu bauen seien.

Das einzige Bauprojekt, das jedoch ernst-
haft angegangen wurde, war das HJ-Heim im
Stadtteil Haslach. Das kam nicht von unge-
fähr: Haslach war nicht nur der kinderreichste
Stadtteil Freiburgs, sondern stand mit einem
Anteil von 60 Prozent Arbeitern immer noch
im Ruch des ehemals »roten« Stadtteils. Um
die totale Erfassung der Kinder und Jugend-
lichen zu ermöglichen, wurde ein völlig über-
dimensioniertes Gebäude in Auftrag gegeben.
Fertiggestellt nach einem Entwurf August
Sencks im Frühjahr 1941 stand der örtlichen
HJ ein repräsentatives Haus mit Ehrenhalle,
Gefolgschafts- und Bastelräumen zur Verfü-
gung, in der Eingangshalle ein monumenta-
les Gemälde von Werner Höll, »HJ auf dem
Schauinsland«. Von der HJ wurde das Ge-
bäude aber kaum noch benutzt, denn bereits
1941 zog eine Volksschule ein. Heute befindet
sich dort die Schenkendorfschule.

Das größte NS-Bauprojekt Freiburgs wäre der geplante Festhallenneubau geworden, ein persönliches Prestigeprojekt Kerbers. Auch hier spielte letztlich der Einfluss Hitlers eine ausschlaggebende Rolle. Seit 1933 propagierte Hitler öffentlich seinen Willen, monumentale Bauten für die »Volksgemeinschaft« errichten zu lassen, die noch nach Tausenden von Jahren von der »Größe der Zeit« künden sollten. Nürnberg wurde erste Großbaustelle des Dritten Reichs, wo auf dem Reichsparteitagsgelände unter der Ägide Albert Speers monumentale Kulissenbauten für die alljährlichen Inszenierungen der Einheit von Führer und Volk errichtet wurden. 1937 verkündete Hitler für Berlin ein Bauprogramm, wo unter anderem mit der Großen Halle für etwa 200 000 »Volksgenossen« das größte Gebäude der Welt errichtet werden sollte. Die großen und kleinen Potentaten des NS-Regimes eiferten der Bauleidenschaft ihres Führers nach: In allen größeren Städten sollten Aufmarschplätze für die Parteiformationen und riesige Hallen für deren Versammlungen entstehen.

In Freiburg stellte Kerber schon 1934/35 Überlegungen für den Bau einer Halle mit einem Fassungsvermögen von 20 bis 30 000 Menschen an: »Unbedingt nötig! Eine notwendige Folge des durch den Führer erweckten Gemeinschaftsgeistes.«

1937 äußerte er gegenüber dem Gauleiter: »Die Baugesinnung des Führers wird in Freiburg verkörpert werden in einem Monumentalbau der neuen Festhalle.« Einen Ansatzpunkt bot die im Stadtpark gelegene alte Festhalle aus den 1850er-Jahren, die man schon in den zwanziger Jahren hatte abreißen lassen wollen. Als Kerber 1934 das Projekt eines Hallenneubaus wiederaufnahm, wurde dieses Kristallationspunkt einer breiten Diskussion in der Stadtverwaltung. Letztlich sollte alles, was in Freiburg fehlte, in einen »Multifunk-

tionskomplex« eingebaut werden, etwa eine Konzerthalle, ein Kongress- und Tagungshaus sowie eine Messe- bzw. Ausstellungshalle. Schlippe hatte zunächst gegenüber Kerbers Vorgaben Bedenken angemeldet. Mit dem Argument, dass Hamburg bei einer Bevölkerungsgröße von einer Million eine Halle für 60 000 Menschen baue, sah er für Freiburg ein Gebäude für 5000 als ausreichend an. Darüber hinaus wollte er einen separaten Konzertsaal für 1000 Zuhörer und Räume für Ausstellungen und Tagungen integrieren.

Im Januar 1936 begaben sich Schlippe und Kerber auf eine Besichtigungsreise und informierten sich über neue Hallenprojekte in Augsburg, München, Garmisch, Passau und auf dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. Zurück in Freiburg verzögerten die unklare Finanzierung und die Standortfrage eine Konkretisierung. Eine der Planungsvarianten sah etwa ein großes Hallen- und Ausstellungsgelände im unbebauten westlichen Stühlingerareal vor, eine andere auf dem Gelände des Meißplatzes in der Oberwiehre – nach einem Abbruch der »Knopfhäusle« (Abb. 8).

Da inzwischen die Parteiaufmärsche auf den nördlichen Teil des Münsterplatzes verlegt worden waren – so etwa die Kreisparteitage der NSDAP – verfestigte sich bei Kerber der Gedanke, dass »eine für die gesamte Stadt wichtige Gemeinschaftseinrichtung« im Stadtzentrum errichtet werden müsse. Schon im Entwurf des Generalbebauungsplanes vom 1. Dezember 1938 war die Nordostecke der Innenstadt zwischen Karlskaserne und Stadtpark als Zentrum künftiger NS-Feiern vorgesehen. Im Mai 1939 traf Kerber die endgültige Entscheidung, dort eine Festhalle mit einem Fassungsvermögen von 8 bis 10 000 Menschen und einem Konzertsaal für 1000 Zuhörer bauen zu lassen. Durch den Abriss der Karlskaserne wollte man Platz für einen Aufmarschplatz schaffen, da-

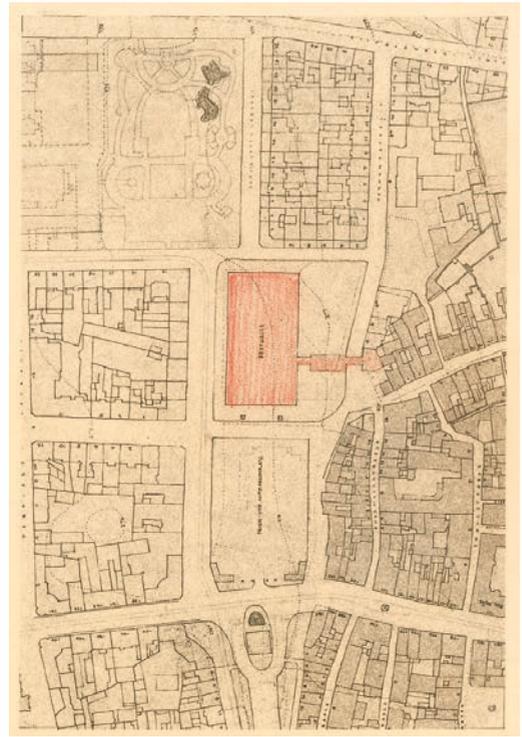
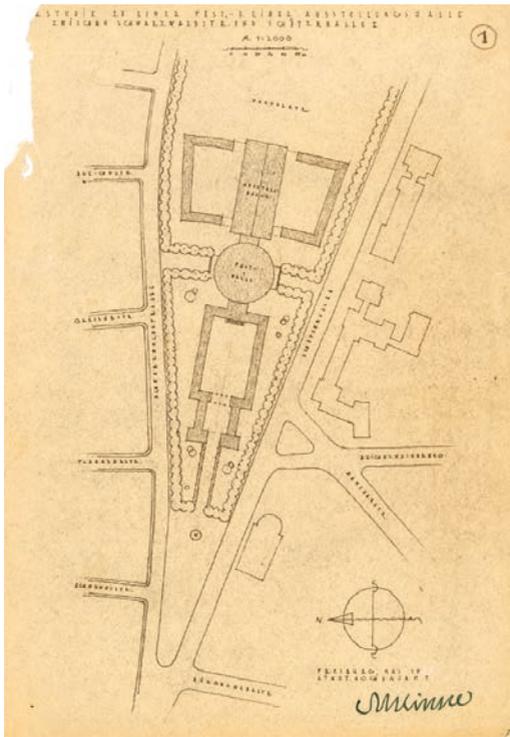


Abb. 8/9: Entwürfe für eine Festhalle und Anlagen beim Meßplatz an der Schützenallee und zwischen Siegesdenkmal, Karlsplatz und Stadtgarten (Foto: Stadtarchiv Freiburg C4 II 6–8)

hinter die Halle bauen und im Stadtpark ein Parteitagsgelände mit Kulissenbauten für die Redner einrichten (Abb. 9). Für die Planung der Festhalle, die nach Kerber »etwas ganz Neues, Eigenartiges« werden sollte, war ein reichsweiter Architektenwettbewerb vorgesehen. Das Preisgericht sollte die führenden, mit den größten Bauaufgaben des Reiches und der Partei betreuten Architekten umfassen, also etwa Generalbauinspekteur Speer, Berlin, Professor Ruff, Nürnberg, und Professor Paul Bonatz, Stuttgart. Als ein halbes Jahr später der Krieg begann, mussten die hochtrabenden Pläne allerdings ad acta gelegt werden (Abb. 10).

Erwähnt werden soll in diesem Zusammenhang auch, dass sich die »neue Zeit« im öffentlichen Raum nicht nur in Bauwerken für

Partei, Staat und Volksgemeinschaft, sondern auch in Kunstwerken widerspiegeln sollte. Erinnert sei etwa an die erste NS-Skulptur Freiburgs, den vom Bildhauer Hellmuth Hopp geschaffenen Mutterbrunnen, der die Ideale von Mutterschaft und Kinderreichtum symbolisierte. Für den Kinderspielplatz im Mösepark waren zehn Skulpturen mit Motiven aus dem Alltag des »Jungvolks« vorgesehen, von denen der Bildhauer Nikolaus Röslmeier vier fertigstellte. Goebbels hatte 1934 einen Erlass herausgegeben, dass bei öffentlichen Bauten 2 Prozent der Bausumme für Kunstwerke zu verwendet seien. Das bekannteste Beispiel in Freiburg ist wohl das Fresko im Gaswerk »Zug zur Arbeit«, das der Maler Adolf Riedlin, ursprünglich verfeimt als Mitglied der Badischen

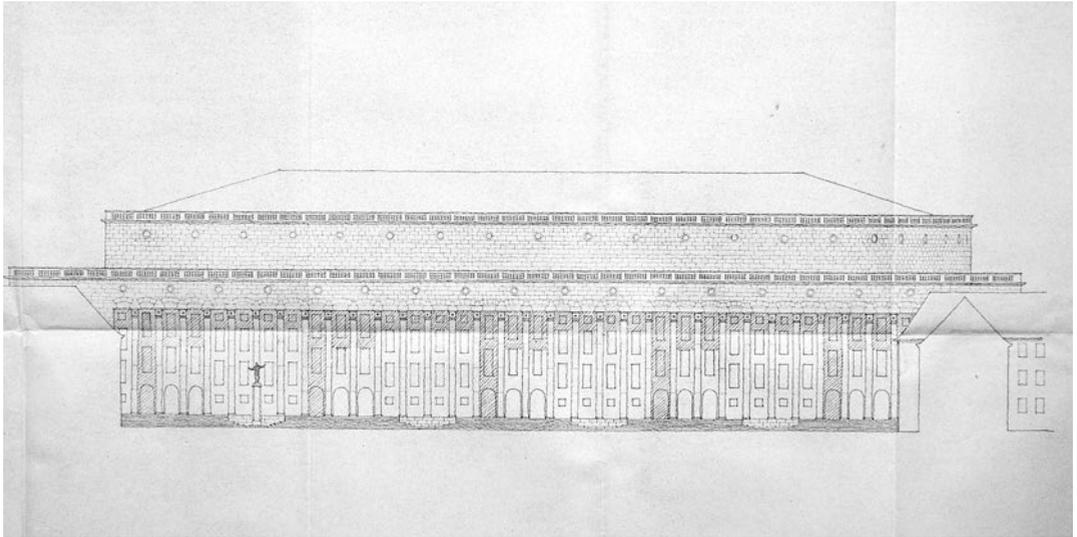


Abb. 10: Fassadenentwurf für eine Fest- und Kongresshalle auf dem Karlsplatz
(Foto: Stadtarchiv Freiburg C4 II 6-8)

Secession, 1936/37 gefertigt hatte. Das 2,40 auf 9,20 Meter breite Fresko wurde von ihm 1945 »entnazifiziert«, die zum Hitlergruß ausgestreckten Arme übermalt und »heruntergeholt« (abgebildet im Beitrag von Tilmann von Stockhausen, S. 171, Abb. 11).

Der Generalbebauungsplan

Blieb das großangelegte Prestigeprojekt eines Freiburger NS-Zentrums im Planungsstadium stecken, so sollte allerdings der Generalbebauungsplan, an dem Schlippes Stadterweiterungsamt ab Mitte der 30er-Jahren arbeitete, für die Zukunft tatsächlich Maßstäbe setzen, denn dieser stellte im Grunde die Basis für den Wiederaufbau der Stadt nach 1945 dar (Abb. 11). Höchste Priorität erhielt die Planung, als Gauleiter Robert Wagner eine Rundreise durch die badischen Städte ankündigte, um sich vor Ort die Bebauungspläne vorlegen zu lassen. Auslöser war die Rede

Hitlers am 30. Januar 1937 gewesen, in der er den Umbau von Berlin, Hamburg, München und Nürnberg als Vorbilder für die deutschen Städte verkündet hatte.

Damit setzte Hitler einen Planungsboom der Gauleiter in Gang, die sich gegenseitig zu übertreffen suchten. In Baden verkündete Wagner im März 1937, dass wir »für Jahrhunderte« bauen. Monumentalbauten für die Gemeinschaft sollten entstehen und die durch den wachsenden Kfz-Verkehr bedingten Probleme ein für allemal gelöst werden: Die neue Stadtplanung, wie sie der Führer für mehrere deutsche Großstädte anordnet, soll dem Schaffen, der Größe und der Genialität unserer Zeit gerecht werden. Wir glauben, daß das Dritte Reich ewig bestehen wird.

Nach Wagners Besuch in Freiburg am 1. April 1937 hatte der Umbau Freiburgs Priorität. In einem ersten Schritt ließ Schlippe ein Modell zur künftigen Umgestaltung der Rotteckstraße schaffen, das erstmals bei der Leistungsschau der badischen Gemeinden

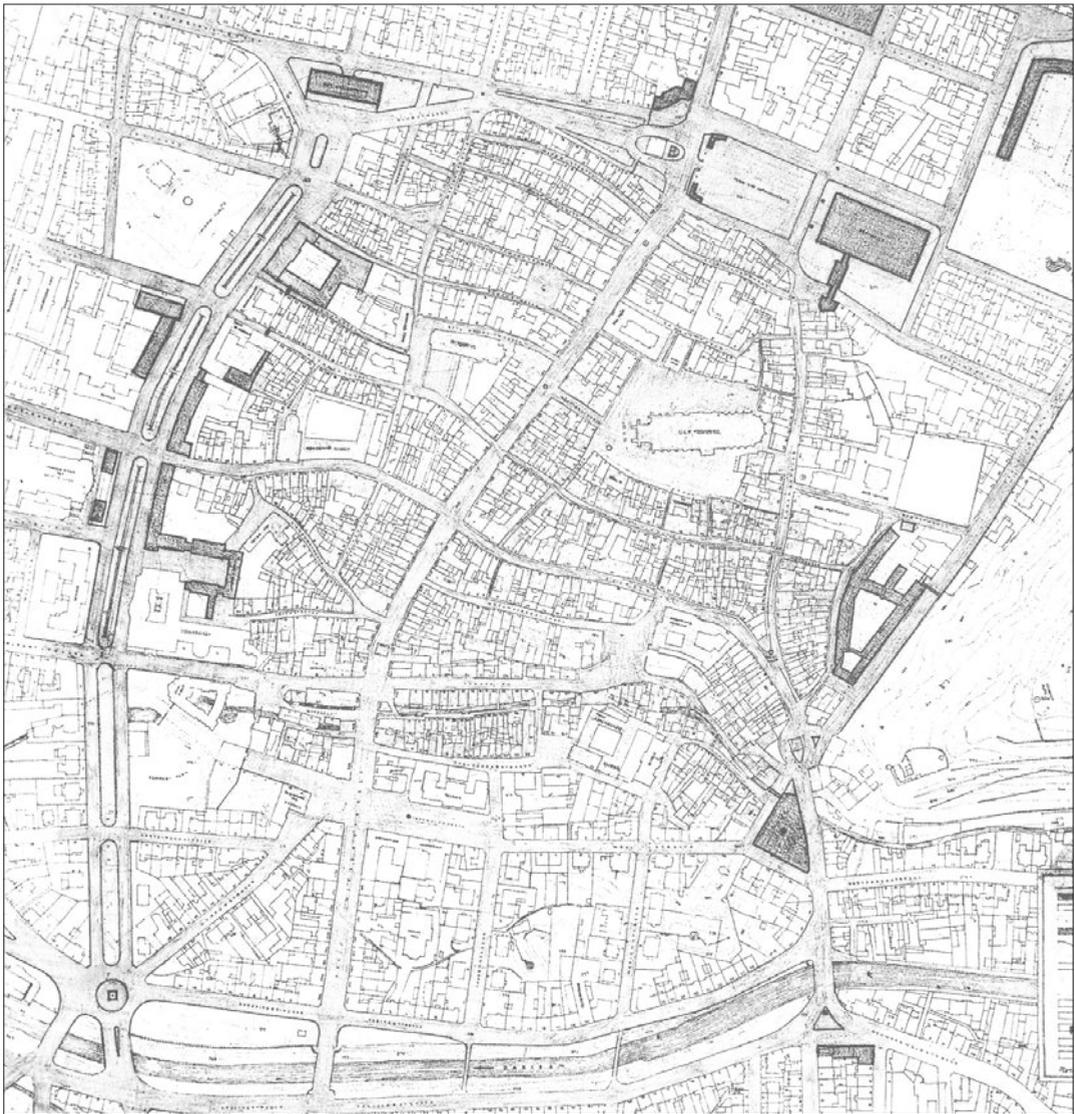


Abb. 11: Generalbebauungsplan für die Innenstadt mit den Planungen am Rotteckring, bei der Konviktstraße und am Stadtgarten, 1937/38 (Foto: Stadtarchiv Freiburg)

im Herbst 1937 in Karlsruhe gezeigt wurde (Abb. 12). Am 1. Dezember 1938 legte Friedrich Fohr dann den Entwurf eines Generalbebauungsplanes vor, dessen wichtigste Elemente sich auf die Verkehrsinfrastruktur, den Ausbau des Nordostens der Innenstadt für die Erfordernisse der NSDAP und die Altstadtsanierung bezogen.

Zur Lösung der Verkehrsprobleme sollte eine leistungsfähige Durchgangsstraße mit einer Verbindung zur inzwischen geplanten Nord-Süd-Autobahn angelegt werden, zur Entlastung der Innenstadt der Kfz-Verkehr durch breite Ringstraßen um die Altstadt herumgeleitet werden. Diese konnten zugleich für Aufmärsche der Partei genutzt werden.



Abb. 12: Modell 1:250 zur »Umgestaltung der Rotteckstraße zwischen Fahnenbergplatz und Hochallee« (Städtische Museen Freiburg Augustinermuseum 2015/075, Foto: Axel Killian)

Das nördliche Ende der Rotteckstraße sollte ein monumentales Torgebäude abschließen, durch das die NS-Formationen in Richtung Aufmarschplatz weitergeleitet werden sollten. Darüber hinaus wurden Überlegungen angestellt, den Bahnhof mit den Gleisen tiefer zu legen und damit eine direkte Verbindung zwischen Stühlinger und Altstadt zu schaffen. Geplant waren unter anderem auch Erweiterungsbauten für das Rathaus. Dabei waren gravierende Eingriffe in die Bausubstanz eingeplant. Die Ringstraßen sollten durch den Abriss von Häusern, vor allem aus der Gründerzeit, verbreitert werden. Abgerissen werden sollten Häuser für den Erweiterungsbau des Rathauses, die Karlskaserne für den Aufmarschplatz und zwei Viertel der Altstadt, die

als heruntergekommen und soziale Brennpunkte galten, die Konviktstraße und die Fischerau-Gerberau, ausgerechnet jene pittoresken Teile Alt-Freiburgs, die den Bombenangriff überstehen sollten und heute Ziel von Heerscharen von Touristen sind.

Schon bei dem Modell aus dem Jahr 1937 irritiert, dass dort anstelle der Synagoge ein Gebäude steht. Tatsächlich liefen bereits Verhandlungen mit der jüdischen Gemeinde wegen des »Erwerbs der Synagoge«. Erinnert sei daran, dass zu diesem Zeitpunkt bereits die »Arisierung« in der Stadt in vollem Gang war. Viele jüdische Bürger sahen sich wegen der zunehmenden Verfolgungsmaßnahmen gezwungen, ihren Häuser- und Grundbesitz zu verkaufen. Auch die jüdische Gemeinde

wurde unter Druck gesetzt. Die Verhandlungen über die Synagoge wurden – wie es in einem Schreiben des Liegenschaftsamtes vom 9. Januar 1939 heißt – »durch den Brand der Synagoge und die Internierung der Juden unterbrochen«. Das abgeräumte Grundstück, das im April 1939 in den Besitz der Stadt überging, weckte Begehrlichkeiten. So schlug Verkehrsdirektor Denzlinger vor, an der Stelle ein Kongress- und Tagungshaus zu bauen. Kerber legte sich allerdings im Juni 1939 darauf fest, dass dort einmal ein Studentenwohnheim gebaut werden sollte. »Um die Erinnerung an den früheren Zustand allmählich auszutilgen«, wurde zunächst ein Parkplatz angelegt.

Altstadtsanierung

Das für Schlippe persönlich wichtigste Projekt war die Altstadtsanierung, für die seit 1933 Finanzmittel vorgesehen waren. Als Exponent der Heimatschutzbewegung war er nicht nur Gegner modernistischer Architektur, sondern auch von Historismus und Jugendstil. Die historische Überformung der Altstadt im Kaiserreich war für ihn ein ›chaotisches‹ Stilbabel: Die Überladung mit überall hergeholtten Architekturequisiten an Erkern, Giebeln und schwülstigem Fassadenschmuck wurde als bald durch die Geschmacklosigkeiten des Jugendstils abgelöst. So haben auch in der Freiburger Altstadt und in den neuen Baugebieten (Wiehre, Herdern, Stühlinger!) der schlechte Geschmack von Nichtskönnern, der Mangel an Gemeinschaftsgeist und der Sinn für Einordnung böse Früchte gezeitigt.

Seit seinem Amtsantritt 1925 hatte Schlippe eine »Bereinigung« des Stadtbildes gefordert, aber erst unter dem NS-OB Kerber erhielt Schlippe grünes Licht, seine Vorstellungen umzusetzen. Sein Bezugspunkt war die Frei-

burger Bürgerstadt der Zeit vor 1850, wobei alles, was danach gebaut worden war, in seinen Augen Ausdruck von Zerfall und Dekadenz war: »Hier hat ein geschäftstüchtiges Bauen in einer bald mißverständenen historisierenden, bald rücksichtslos fortschrittlichen Gebarung dem Altstadtteil schwere Wunde geschlagen.« Es ginge jetzt um die »Ausmerzungen der Bausünden der letzten Generation«. Das Schlagwort hieß Entschandelung der Altstadt: Dachgiebelbauten mit ihrer »Reklamepest« sollten zu den traditionellen Traufdächern zurückgebaut, der »überladenen Kitsch der liberalistischen Gründerzeit« von den Fassaden abgeschlagen und die »Jugendstilkästen« wie das Haus Kapferer und die Kaufhäuser Modern und Knopf, die sich im Übrigen alle ursprünglich in jüdischem Besitz befanden, nach Möglichkeit abgerissen werden.

Ab 1935 wurden ganze Straßenzüge im Maßstab 1:100 zeichnerisch erfasst (Abb. 13). Bei einer Ausstellung in Karlsruhe stellte Schlippe 1937 sein Sanierungskonzept erstmals anhand der Aufrisse von Straßenzügen vergleichend vor – zunächst das Stadtbild vorher, das war 1850 – »Die gute alte Zeit«, dann der aktuelle, »unbereinigte« Zustand, geprägt vom »Liberalismus«, und nach der »Entschandelung« dann »das Wunschbild (etwa 1950)«. Dabei ging es keinesfalls um eine denkmalpflegerische Rekonstruktion, vielmehr sollten »die schlichte und anspruchslose Baukunst der letzten Jahrhunderte und ihre gesunde handwerkliche Durchbildung [...] als Muster dienen«. Bei einigen Geschäftshäusern konnte Schlippe die Fassadenbereinigung tatsächlich mittels städtischer Zuschüsse durchführen lassen.

Dass es sich hierbei um einen eigenen Architekturstil handelte, zeigte sich an den Neubauten der 30er-Jahre in der »Adolf-Hitler-Straße«, die die von Schlippe verfochtene

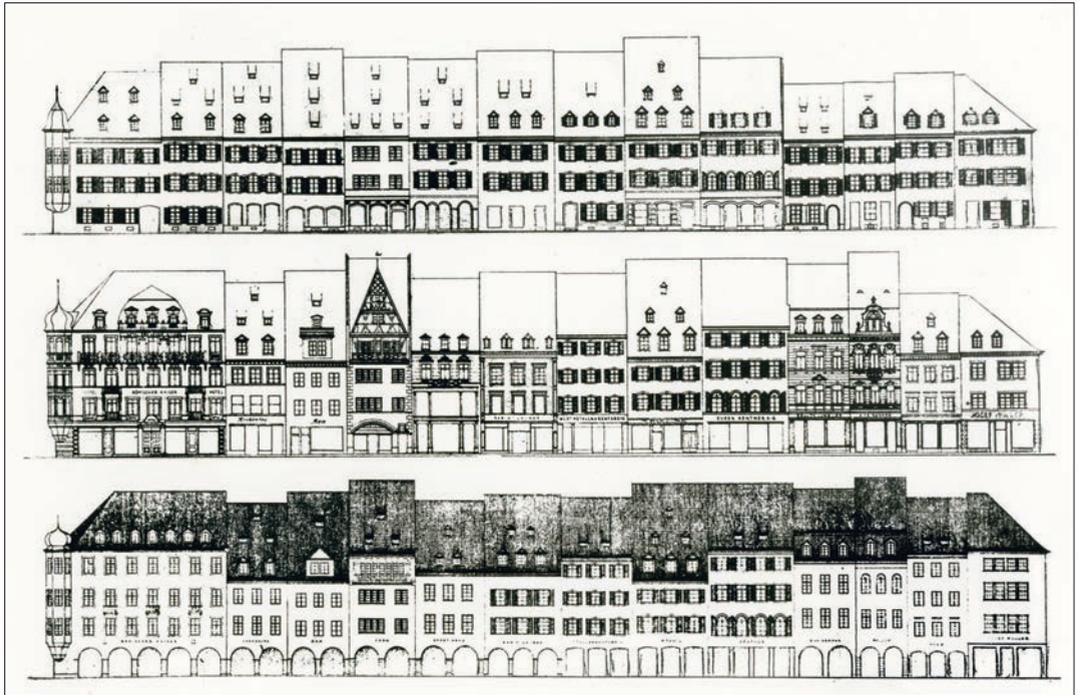


Abb. 13: Fassadenabwicklungen von der Westseite der Adolf-Hitler-Straße (vorm. Kaiserstraße) zwischen Martinstor und Bertoldbrunnen: Zustand um 1850 / Zustand 1936 / Planung mit »bereinigten« Fassaden und Arkadengang (Foto: Stadtarchiv Freiburg M 7092/628)

»gesunde Baugesinnung« exemplarisch widerspiegeln sollten. Die Modehäuser Oberpaur und Müller wurden mit Lochfassaden, markanten natursteinumrahmten Fenstern und Traufdach gebaut. Dieser traditionelle Formen adaptierende Bautypus, von dem das Modehaus Müller den Bombenangriff überstehen sollte, lieferte das Modell für den Wiederaufbau der Stadt in den fünfziger Jahren

Ein weiteres Element der Altstadtsanierung war der Plan, das innerstädtische Verkehrsproblem durch den Einbau von »Lauben« (Arkaden) in die Erdgeschosse der Geschäftshäuser zu lösen. Mit der Aufnahme der Fußgänger in die Arkaden sollten die Straßen für die Kfz geöffnet werden. Die Konsequenz wäre ein massiver Eingriff in die historische, insbesondere auch mittelalterliche Bausubstanz der

Altstadt und seinerzeit auch kaum umsetzbar gewesen, da die Geschäftsleute sich weigerten, Teile ihrer Betriebsräume für Arkaden zu opfern. Dennoch wurde der Einbau von Arkaden für den Fall von Neu- und Umbauten in die Bauordnung aufgenommen.

Der Krieg und die Folgen

Ende der 30er-Jahre befand sich Schlippe auf dem Höhepunkt seines Einflusses: Unterstützt von Kerber hatte er in Freiburg die Baupolitik weitgehend bestimmt, und er galt in Baden als einer der führenden Stadtplaner. Seine Mitstreiter innerhalb der Heimatschutzbewegung waren voll des Lobes, so etwa Werner Lindner, der Geschäftsführer des Deutschen Hei-

matbundes, der Freiburg als »ein seltenes und besonders schönes Muster einer guten Stadtbaugestaltung des heimatgebundenen Bauens« lobte.

Allerdings herrschte seit dem 1. September 1939 Krieg. Im März 1940 präsentierte Schlippe in einer Ausstellung »Neues Bauen in Freiburg« seine Vorstellungen nochmals der Freiburger Öffentlichkeit, inzwischen kam es jedoch kriegsbedingt zu Baustopps bei öffentlichen Gebäuden und im Wohnungsbau, und so mussten die Planungsarbeiten genauso wie die Altstadtanierung eingestellt werden. Als im Sommer 1941 in Freiburg die von den Koordinaten des Heimatschutzes geleitete Wanderausstellung »Die deutsche Stadt« erstmals gezeigt wurde, hatte sich Schlippe an Stichworten für seine Eröffnungsrede Folgendes notiert:

Die Ausstellung [...] mag manchem anfänglich neue Enttäuschung bereiten: Denn nicht der uralte ganz große Kunstbesitz: Wien – Passau ..., auch nicht die gr(ößen) neuen Kunstschöpfungen auf Geheiß des Führers: Linz – Nürnberg – Weimar – Berlin usw., sondern (P. Schmitthenner): das Unscheinbare und doch Große (Ad. Stifter) [...] Es mag einer oberflächlichen Betrachtung so scheinen, als ob diese Bemühung um die Gestaltung und Entschandlung der deutschen Stadt nicht der Größe unserer Tage adäquat sei. Aber [...] nein gerade jetzt Pflege alles wahrhaft deutschen Wesens nötig. (...) Hier in Freiburg seit 2 Jahrzehnten aus eigenem Antrieb und nur aus eigener Kraft sinnvolle liebevolle Pflege des Altstadtbildes.

Damit ließ Schlippe erkennen, dass die Heimatschutzarchitektur längst ins Hintertreffen geraten war, denn die von Hitler mit seinem Adlatus Speer angestoßenen städtebaulichen Planungen hatten eine Dynamik entwickelt,

die alle Traditionen hinwegzufegen schien. Nach dem Sieg über Frankreich hatte Hitler ein megalomanes Umgestaltungsprogramm angeregt, das die »Größe unseres Sieges« widerspiegeln sollte. Dem schlossen sich nahezu 50 Großstädte im deutschen Machtbereich an. Die junge Architektengeneration um Speer plädierte für eine brutale Abrisspolitik in den historisch gewachsenen Innenstädten, um dort Platz für Monumentalbauten und Verkehr schaffen zu können.

Aber auch Schlippe passte sich an. Als sich Speer im August 1941, auf dem Höhepunkt der Sieges euphorie nach dem Angriff auf die Sowjetunion, nun auch die Umbaupläne für Freiburg zuschicken ließ, zeigte sich Schlippe an einem Einbezug Freiburgs in das Umgestaltungsprogramm interessiert, da er sich dadurch die Zuteilung von Baumaterial und Arbeitskräften erhoffte. In seinem Schreiben an Speer schlug er vor, künftige »monumentale Bauten« an der Zufahrtsstraße zur Reichsautobahn zu errichten.

Tatsächlich hatte Schlippe inzwischen Erfahrungen mit NS-Stadtbauplanung à la Hitler und Speer gesammelt, denn er war selbst bei den Planungen für den Umbau Straßburgs zur künftigen Hauptstadt des Gaues Oberrhein beteiligt. Nach dem Wunsch Hitlers sollte zwischen Kehl und der Straßburger Altstadt das neue nationalsozialistische Straßburg entstehen. Auch Schlippe plante jetzt im Wettbewerb mit anderen beteiligten Architekten entlang breiter axialer Straßen eine Steinwüste, monumentale Gebäude für Partei und »Volksgemeinschaft«. Dies hatte mit Heimatschutz und regionalem Bauen nichts mehr zu tun, aber Schlippe hatte seit 1933 gezeigt, dass er die Forderungen der NS-Machthaber willfährig zu erfüllen bereit war.

Als in der zweiten Kriegshälfte immer mehr Städte im alliierten Bombenhagel in Schutt

und Asche fielen, ließ Schlippe die Straßen- züge der Innenstadt vorsorglich fotografieren und damit das »alte« Freiburg dokumentieren. Als am 27. November 1944 ein britisches Bomberkommando eine breite Schneise der Zerstörung von Betzenhausen bis zum Schloßberg schlug, wurden 80 Prozent der Innenstadt zerstört.

Schlippe, der nicht Mitglied der NSDAP gewesen war und deshalb von den französischen Besatzern im Amt belassen wurde, gelang es nach 1945, seinen Wiederaufbauplan gegen vielerlei Widerstände durchzusetzen. Dieser orientierte sich an den Planungen der 30er-Jahre sowohl in Bezug auf die Altstadt- sanierung mit den Fassadenbereinigungen als auch auf den Bau der Ringstraßen. Die weit- räumige Zerstörung der Innenstadt ermög- lichte außerdem die Umsetzung des Arkaden- konzepts. Schlippes Widerstand gegen breite axiale Durchbrüche in der Altstadt, gegen die Forderung der Modernisten, die Stadt rigoros für den Verkehr zu öffnen, ist im nachhinein ein Glücksfall für die Stadt gewesen. Mit dem vergleichsweise kleinteiligen Wiederaufbau- konzept, orientiert am historisch gewachsenen sogenannten »Zähringerplan«, konnte eine Urbanität gesichert werden, die in anderen Städten völlig verloren ging. Der Woh- nungsbau im Freiburg der fünfziger Jahre orientierte sich aber – wie andernorts auch – an den während des Krieges von Seiten der DAF entwickelten Modellen günstig zu erstellender Mietwohnungsblocks, letztendlich am NS- »Volkswohnungsbau«.

Einige der städtebaulichen Probleme, die sich schon in der NS-Zeit ergeben hatten, prägten auch das Freiburg der Nachkriegszeit – mitunter sogar für Jahrzehnte. Umgesetzt wurde das Konzept der Ringstraßen, insbe- sondere mit dem Durchbruch am Schlossberg, ferner die Verbindung zur Autobahn, die zu



Peter Kalchthaler/Tilmann von Stockhausen (Hg.): Freiburg im Nationalsozialismus. Schriftenreihe der Badischen Heimat Bd. 12. Erhältlich als Paperback und als Ausgabe in Halbleinen. ISBN 978-3-7930-5163-3 (Paperback) ISBN 978-3-7930- 5165-7 (Halbleinen mit Prägung)

Beginn der sechziger Jahre Freiburg erreichte. Das Problem einer leistungsfähigen Durchgangsstraße, die B 31, stellt sich bis heute. Das Rathaus erhielt in den fünfziger Jahren einen Erweiterungsbau, da die angrenzenden Häuser zerstört waren. Die im Krieg zerstörte alte Festhalle erhielt mit dem Stadthallenneubau der fünfziger Jahre eine Alternative, die allerdings seit längerem wieder außer Betrieb ist. Dafür besitzt Freiburg nun seit Jahren ein Konzerthaus und ein großes Messezentrum. Nur das Stadtarchiv, für das in den 30er-Jahren ein Neubau vorgesehen war, wartet immer noch auf ein neues Gebäude. Und die Synagoge, die am 9./10 November 1938 zerstört worden ist, wurde kürzlich wieder zum Politikum, als man deren Überreste bei der Umgestaltung des Platzes gefunden hat.



Anschrift des Autors:
Dr. Heinrich Schwendemann
Historisches Seminar
Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg
Rempartstraße 15 – KG IV
D-79085 Freiburg